

Siegfried Weichlein

Verfeindete Gesinnungsgemeinschaften

Parteien und politische Kultur in der Weimarer Republik

Das Parteiensystem war eng mit den sozialmoralischen politischen Milieus (Konservatismus, Katholizismus, Liberalismus, Sozialismus) verbunden. Diese Kontinuitätslinie setzte sich aus dem Kaiserreich fort und bestimmte das Handeln der Parteien auch in der Republik. Ende der 1920er Jahre trat ein Wandel ein, denn die politischen Milieus verloren an Geschlossenheit.



Abb. 1: Die Wähler haben die Wahl: Plakatwand im Wahlkampf zur Reichstagswahl am 14. September 1930.

Die Rahmenbedingungen für die Stellung und Wirkung der Parteien änderten sich beim Übergang zur Weimarer Republik. Im Mehrheitswahlrecht des Kaiserreichs hatte sich die Vorstellung ausgedrückt, dass die Wählerschaft eines Wahlkreises von einem Repräsentanten im Reichstag vertreten wurde. Das Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen war jedoch den Parteien gegenüber schreiend ungerecht, weil es kleine Parteien und zumal die SPD strukturell massiv benachteiligte. An seine Stelle trat das strikte Verhältniswahlrecht mit Partei-

Listen in 35 Wahlkreisen im Deutschen Reich. Die Abgeordneten vertraten jetzt die Parteien, die ihrerseits als reichsweite Gesinnungsgemeinschaften auftraten. Nicht nur die Bedeutung der Parteien nahm zu. Die Wahlen und die politische Kultur erhielten ein sehr viel stärker nationales Format.

Das Parteiensystem der Weimarer Republik

Im November 1918 änderte sich vieles: Das Kaiserreich verlor den Weltkrieg und die kaiserliche Regierung wurde durch den

Rat der Volksbeauftragten ersetzt, der Kaiser floh in die Niederlande. Doch das Parteiensystem des Kaiserreiches blieb erhalten, auch wenn sich die Parteien teilweise umbenannten oder zusammenschlossen. Die vier großen politischen Familien des Konservatismus (Deutschnationale Volkspartei DNVP), des politischen Katholizismus (Zentrum, Bayerische Volkspartei BVP), des Liberalismus (Deutsche Demokratische Partei DDP und Deutsche Volkspartei DVP) und des Sozialismus (MSPD, USPD, SPD) prägten die Politik bis 1930. Das lag daran, dass die Hauptspaltungslinien der deutschen Gesellschaft, die dieses Parteiensystem im 19. Jahrhundert hatten entstehen lassen, im Wesentlichen weiterexistierten.

Nach der vergleichenden europäischen Parteienforschung (Rokkan) ließen die beiden Großkonflikte der Nationalstaatsbildung und der Industrialisierung vier Parteien entstehen. In den europäischen Nationalstaatsbildungen des 19. Jahrhunderts agierten typischerweise Liberale im nationalen Zentrum gegen die Peripherie und der politische Katholizismus vertrat die katholische Minderheit in den Kulturkämpfen des späten 19. Jahrhunderts gegen die Mehrheit aus Protestanten oder Laizisten. Die

Industrialisierung verstärkte den Gegensatz zwischen Stadt und Land, wo Konservative ihren Rückhalt besaßen, und zwischen Unternehmern und Arbeitern, der verlässlichen Wählerbasis der Sozialisten und Sozialdemokraten.

Die Weimarer Republik veränderte diese Konfliktsituation an zwei Stellen: An die Stelle der positiv besetzten Nationalstaatsgründung rückte erstens die Weltkriegsniederlage. Das Verhältnis zum Staat von Weimar wurde zum Dauerkonflikt. Hier zeichnete sich eine Veränderung im rechten Lager ab. Im linken Lager bereitete zweitens die ständig prekäre wirtschaftliche und soziale Lage der Weimarer Gesellschaft den Boden für die Kommunistische Partei, die am 30.12.1918 gegründet, bei den Reichstagswahlen ab 1924 zulegte.

Im Zentrum beider Konflikte um Nationalstaat und Industriegesellschaft aber stand die SPD, die sowohl „Staatspartei der Republik“ als auch die Partei der Arbeiterbewegung war. Die Mehrheitssozialdemokratie, wie sie seit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD) 1917 hieß, führte die Transformation vom Kaiserreich in die Republik an, schrieb mit Zentrum und Linksliberalen die Weimarer Reichsverfassung



Foto: Süddeutsche Zeitung/Photo/Scheff

und blieb bis 1932 stärkste Partei im Reichstag. Die Republik war ihr politisches Projekt, ihr Staat (Häberlen). Die inneren Konflikte der Weimarer Republik wurden ihr angelastet und auch in ihr ausgetragen. Das traf auch auf die beiden anderen Republikgründungsparteien zu, das Zentrum und die Linksdemokraten (DDP), mit denen die MSPD im Reich bis 1920, in Preußen (und Baden) aber bis 1932 regierte.

Distanz zur Regierung

Dass das Kaiserreich nicht parlamentarisiert war und die Parteien nur indirekt Einfluss auf

die Regierung nehmen konnten, hatte Folgen für die politische Kultur Weimars: Die Parteien behielten auch nach 1919 Distanz zur politischen Macht bei. Das war selbst (oder auch gerade) dann der Fall, wenn man die Regierung führte oder Minister stellte. Alle Parteien im Reichstag verfolgten der Regierung gegenüber einen Oppositionsstil. Die politische Kultur der Weimarer Republik kannte nicht die (britische) Konfliktlinie von Regierung versus Opposition, sondern immer noch die kaiserliche von Parlament versus Regierung, was in zahllosen Regierungsstürzen, Kabinettskrisen und insgesamt 20 Reichs-

Abb. 2: Die erste deutsche Demokratie brachte das im europäischen Vergleich sehr fortschrittliche Frauenwahlrecht. In einem Berliner Wahllokal während der Wahl zur Nationalversammlung am 19.01.1919.



Foto: agf-images/Sammlung Berliner Verlag

Nationalversammlung in Weimar.
Die weiblichen Abgeordneten der Mehrheitssozialisten.

Abb. 3: Die weiblichen MSPD-Abgeordneten der Weimarer Nationalversammlung 1919.



4.1 Deutsche Demokratische Partei (DDP), 1919



4.2 Zentrum, 1919



4.3 Sozialdemokratische Partei (SPD), 1930



4.4 NSDAP, 1933

Abb. 4: Wahlplakate aus der Zeit der Weimarer Republik.

kabinetten in 14 Jahren resultierte, bevor Adolf Hitler 1933 das 21. Kabinett führte.

Die Parteien suchten die Reichsregierungen zu kontrollieren und deren Macht zu begrenzen. Im Reichstag stand weniger die Entscheidungsfunktion als vielmehr die Repräsentationsfunktion im Vordergrund (Mergel). In Preußen, mit zwei Dritteln des Reichsgebietes dem bei Weitem größten Land, war dies jedoch anders. Hier gab es keinen Staatspräsidenten, der als Ersatzmonarch entscheiden musste, hier wurde nicht über Reparationen gestritten. Im „Bollwerk der Demokratie“ (Ehni) regierten SPD, Zentrum und DDP gemeinsam bis 1932 unter dem „roten Zaren“, Ministerpräsident Otto Braun, und seinem Innenminister Carl Severing (SPD).

Die Parteien und ihr vorkritisches Umfeld

Die Weimarer Parteien waren miteinander verfeindete Gesinnungsgemeinschaften, wobei sie den Charakter von politischen Aktionsausschüssen für breitgefächerte Milieus aus Vereinen und Verbänden annahmen. Kommunikation mit dem eigenen Milieu war das politische Ziel. Der Zusammenhalt der Katholiken, der Sozialdemokraten und abgeschwächt der Liberalen und Konservativen

bildete einen Wert in sich.

Im Idealfall prägte der Katholizismus eine ganze Biografie von der Wiege bis zur Bahre. Kirche, Vereine und Verbände hielten das Milieu zusammen. Dazu zählten Standesvereine wie Vereine für Jungmänner und Jungfrauen, zahlreiche Gebetsvereine, Bruderschaften und die katholischen Arbeitervereine. Die katholische Zentrumspartei stabilisierte gegen außen, was ihr bereits im Kaiserreich einen opportunistischen Zug verliehen hatte, unter jedem System das Beste für die eigene Klientel herauszuholen.

Im sozialdemokratischen Sozialmilieu war es ähnlich. Arbeiter blieben von den sozialistischen Kinderfreunden des Kurt Löwenstein bis zum sozialistischen Feuerbestattungsbund Teil des sozialdemokratischen Milieus, was Löwenstein zum meistgehassten Sozialdemokraten in der Zentrumspartei machte, weil er angeblich das Gift des Atheismus in kleine Kinderherzen träufelte. Sozialdemokraten waren selbstverständlich Mitglied einer Gewerkschaft, verbrachten ihre Freizeit bei den Arbeiterbildungsorganisationen oder beim Arbeitersport und kauften in den eigenen Konsumgenossenschaften ein.

Beide Sozialmilieus ritualisierten die Erinnerung an ihren Urkonflikt, der zur Gründung

von Zentrum und SPD geführt hatte: der Kulturkampf und die Sozialistengesetze. Das sorgte dafür, dass diese Parteien bei den Reichstagswahlen der Weimarer Republik durchweg erstaunlich konstant blieben: das linke Lager (MSPD, USPD, KPD) bei ca. 35–37 %, das katholische Lager bei 15–17 %.

Erosionserscheinungen

Doch sollte man den Zusammenhalt der Milieus nicht übertreiben, denn es zeigten sich Erosionserscheinungen, die ebenfalls Kennzeichen der Weimarer politischen Kultur waren. Das Idealbild der geschlossenen Sozialmilieus entsprach immer weniger der Realität. Zwei Entwicklungen ließen sich durchgehend beobachten.

Erstens: Die Parteien agierten stark im eigenen Interesse und zeigten wenig politische Verantwortung. Als das Herzensanliegen der Zentrumspartei, das in der Reichsverfassung versprochene Reichsschulgesetz, welches die Konfessionsschule festschreiben sollte, nicht zustande kam, ließ die Zustimmung zu Demokratie und Republik nach und die neue Parteiführung unter dem Prälaten Ludwig Kaas wandte sich autoritären Leitbildern zu.

Die SPD verließ die große Koalition im März 1930 wegen weniger als einem Prozent Bei-



4.5 Deutschnationale Volkspartei (DNVP), 1925

tragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung. Danach kamen Präsidentialregierungen, die mit dem Notverordnungsartikel 48 der Verfassung regierten. Im Unterschied zum Görlitzer Parteiprogramm von 1921 benutzte das Heidelberger SPD-Programm von 1925 wieder die vertraute Sprache von Klassen und Klassenkampf, was nach der Wiedervereinigung mit der USPD 1922 viele sozialdemokratische Herzen höherschlagen ließ. Maximalforderungen dominierten im Alltag, Riesenkränkungen waren das Ergebnis, wenn sie nicht zum Erfolg führten.

Entsprechend führte man Wahlkämpfe. Im Zentrum und bei der SPD wurde man nicht müde, die politischen Urkränkungen des Kulturkampfes und der Sozialistengesetze für die Gegenwart zu reinszenieren, um so die eigene Klientel zur Wahlurne zu bringen. Deutschnationale erinnerten ebenso gerne an das Kaiserreich und seine allmählich verblassende Glorie. Politische Kultur bedeutete für die Parteien in erster Linie Kommunikation nach innen zur Mobilisierung der Basis. Der öffentliche Wahlkampf zielte auf die Organisation von Gefolgschaft, einer nach innen homogenen und nach außen streng abgetrennten Gruppe von Anhängern.

Deutsche Wahlkämpfe basierten auch nach 1919 auf Schrift und Rede, fanden in geschlossenen Räumen statt und die Teilnehmer bezahlten häufig Ein-

trittsgeld. Diese sprachzentrierte Tradition der deutschen politischen Kommunikation unterschied sich markant vom Modell des wettbewerbsbasierten Marktes, in dem sich etwa britische Unterhauskandidaten dem Wähler als Kunden anboten, im Freien, mit Showelementen und viel Alkohol (Mergel).

Zweitens: Eine weitere Erosionserscheinung betraf das Verhältnis von politischer Weltanschauung und sozialem Interesse. Im schichtenübergreifenden katholischen Milieu artikulierten Laien-Vorstände von Vereinen und Verbänden immer stärker soziale Interessen und klagten die politische Repräsentation der katholischen Landwirtschaft, des Mittelstandes, der Angestellten und Arbeiter ein. Die Parteiführung wie auch die Bischöfe standen dem hilflos gegenüber, fürchteten sie doch, in die Rolle eines parlamentarischen Außenseiters zu geraten. Verbandsfunktionäre wie der katholische Bauernpräsident August Crone-Münzebrock oder Adam Stegerwald von den Christlichen Gewerkschaften gewannen so an parlamentarischem Einfluss. Sie lösten die älteren Multifunktionäre ab, die oft als Kleriker in ihrer Person die Leitung von Vereinen für Arbeiter und Beamte, für Landwirte und die katholische Presse verbunden hatten.

Das Profil der Zentrumspartei litt darunter. Bei den Reichstagswahlen 1928 erreichte ihr Stimmenanteil mit rund 15 %



4.6 Kommunistische Partei (KPD), 1930

einen Tiefstand. Zur Reintegration der auseinanderstrebenden Teile setzte die neue Parteiführung unter dem Trierer Prälaten Kaas stärker kirchlich-religiöse Akzente und förderte die von Priestern geführte Katholische Aktion, die an die Stelle der Laienverbände treten sollte. Dennoch blieb der politische Katholizismus in einen mehr oder weniger systemtragenden und einen republik- und demokratieskeptischen Flügel gespalten, für den etwa Franz von Papen stand, der nach dem Sturz Heinrich Brünnings Ende Mai 1932 aus dem Zentrum austrat und Reichskanzler eines „Kabinetts der Barone“ wurde, das mit Hitler einen Ausgleich suchte.

Die Dominanz sozialer und wirtschaftlicher Interessen trug auch zum Niedergang der liberalen Parteien DDP und DVP bei, die zum Ende der Weimarer Republik fast von der Bildfläche verschwanden. Die Interessen von Schwerindustrie, verarbeitender und chemischer Industrie, Banken und Exportindustrie divergierten immer mehr, auch wenn sie alle die Republik ablehnten. Die wenigen Verunftrepublikaner in der DDP und in ihrem Umfeld sahen sich einer immer stärkeren Front von Gegnern auch in den eigenen Reihen gegenüber. Bei den Reichstagswahlen im September 1930 zogen die Wähler weiter nach rechts zur NSDAP Hitlers. Die DVP und die zur Deutschen Staatspartei umbenannte DDP erhielten nur noch

Foto: bpk/Joseph Schorer



Abb. 5: Auflösung der Geschlossenheit sozialmoralischer Milieus: politische Fragmentierung, Wahlkampf in einem Hamburger Arbeiterviertel zur Reichstagswahl 1932, Fahnen u.a. mit SPD-Dreipfeil, KPD-Sowjetstern und NSDAP-Hakenkreuz als politischen Symbolen.

Foto: ullstein bild

Illustrierte Zeitung

Verlag Ullstein & Co., Berlin SW 68



4,5 % beziehungsweise 3,8 % der Stimmen.

Die politische Kultur der Parteien

Ein Gradmesser für die politische Kultur der Parteien waren die Feiern von politischen Gedenktagen. Jährlich am 11. August erinnerten staatliche Stellen und die Verfassungsparteien SPD, Zentrum und DDP an die Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung. Schon bei der wirtschaftsliberalen DVP und erst recht bei der konservativen DNVP gab man sich skeptisch bis schroff ablehnend zur Republik. Als Schwarz-Rot-Senf verunglimpfte man in rechten Kreisen die Fahne der Republik und feierte weiterhin den 18. Januar, den Reichsgründungstag von 1871.

Selbst bei den republiktreuen Parteien schrumpfte das Bekenntnis zur Verfassung immer mehr zu Abwehrbekenntnissen: gegen äußere Feinde, gegen Nationalsozialisten und Kommunisten und generell gegen den Vertrag von Versailles. Dahinter war nur noch schemenhaft ein positives Bekenntnis zu Demokratie und Republik zu erkennen. Die Kommunisten feierten den 9. November und benutzten die Erinnerung an die Revolution von 1918 für Tiraden gegen die SPD.

Politische Kultur war aber vor allem politische Kommunikation. Das bedeutete Reden und Schreiben, besonders aber, sich und Gleichgesinnte über Symbole zu identifizieren. Die Nationalsozialisten benutzten das Hakenkreuz. Die SPD hielt dagegen mit dem Dreipfeil, drei Pfeile von rechts oben nach links unten, die für die SPD, die

Gewerkschaften und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold standen, in dem die republiktreuen Parteien sich zusammengeschlossen hatten. Die KPD schließlich zeigte den Sowjetstern. Im Reichstagswahlkampf vom September 1930 plakatierte das katholische Zentrum „Christenkreuz gegen Hakenkreuz und Sowjetstern!“.

Im rechten Lager scheute sich die konservative „Deutsche Tageszeitung“ nicht, Reichspräsident Friedrich Ebert mit einem Badehosenfoto von ihm und Reichswehrminister Gustav Noske lächerlich zu machen und dem Spott preiszugegeben (Abb. 6). Das Foto wurde am 9. August 1919 veröffentlicht, kurz vor Eberts Vereidigung auf die Reichsverfassung am 21. August 1919. Mehr als jedes andere Bild trug dieses Foto zur Verunglimpfung des Reichspräsidenten bei.

In der konservativen Beamtenschaft gab man sich unpolitisch und objektiv, dem Gesetz und der Verwaltungsroutine, nicht aber der Republik und Demokratie verpflichtet. Viele Beamte weigerten sich, einen Treueeid auf die Weimarer Reichsverfassung abzulegen, weil sie sich durch ihren Eid auf den Kaiser verpflichtet fühlten. Der Treueeid galt einer Person, die Übertragung auf eine Sache (die Verfassung) wurde zum Problem.

Eine erklärende Stellungnahme von Reichsinnenminister Eduard David (MSPD) auf der Rückseite des Vereidigungsnachweises gab dem Eid „die Bedeutung, dass der Beamte sich verpflichtet, in seiner Tätigkeit als Beamter die Verfassungsbestimmungen genau zu beobachten“. Von Treue zur Verfassung – womöglich über die Dienststunden der Beamten hinaus – oder gar deren proaktivem Schutz war keine Rede. Wie kaum ein anderes Detail machte diese Verbindung von Amt und Person, Religion und Politik die Widersprüche in der Weimarer politischen Kultur deutlich.

Abb. 6: Friedrich Ebert in Badehose. Mehr als jedes andere Bild trug dieses Foto zur Verunglimpfung des Reichspräsidenten bei und verweist auf die republikfeindlichen Strömungen in der politischen Kultur.

Aufstieg der NSDAP

Die Weimarer politische Kultur war wie die Parteienlandschaft tief zerklüftet und fragmentiert in Parteien mit ihren Sozialmilieus, getrennte Erinnerungskulturen mit ihren narzisstischen Urkränkungen, urbane modernitätsverliebte Zentren und ländliche modernitätsskeptische und demokratiefeindliche Heimatvereine. Kaum etwas war so nationalistisch wie die Heimatbewegung.

Die NSDAP war einerseits Teil dieser Parteienlandschaft, präsentierte sich andererseits aber erfolgreich als Alternative dazu. Anders als die Milieuparteien war sie die erste moderne Volkspartei des Protestes, die mit ihrer Hetze gegen Weimar und den Versailler Vertrag in allen Schichten und Regionen des Reiches – wenn auch unterschiedlich stark – Wähler ansprach. Wie die KPD war sie eine Partei der Jüngeren und nahm die Zukunft für sich in Anspruch. In den Wahlkämpfen polemisierte die NSDAP gegen alles und jeden, der oder die mit Demokratie und Republik in Verbindung standen. Aber auch ihr Erfolg beruhte auf einem Widerspruch. Die Nationalsozialisten hetzten gegen die Demokratie, insistierten aber auf das



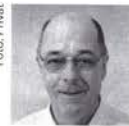
Foto: Süddeutsche Zeitung/Photo/Schert

Abb. 7: Die Radikalisierung der politischen Kultur zeigte sich in zunehmenden Straßenschlachten politischer Gegner, hier zwischen SA und Kommunisten, Eschwege 1932.

allgemeine demokratische Wahlrecht, das in Deutschland seit 1871 galt. Die Putschtaktik hatte Hitler nach 1923 aufgegeben und strebte danach mit legalen Mitteln an die Macht. Die NSDAP nahm die Republik damit von innen und von außen in die Zange: Sie nutzte demokratische Teilhabe gegen die Demokratie. ■

UNSER AUTOR

Foto: Privat



Prof. Dr. Siegfried Weichlein, Fribourg (CH), geb. 1960, ist ordentlicher Professor für Europäische und Schweizerische Zeitgeschichte an der Universität Freiburg/Fribourg (CH).

LITERATUR

- Ehni, H.-P.: Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928–1932. Bonn 1975
- Häberlen, J.C.: Vertrauen und Politik im Alltag. Die Arbeiterbewegung in Leipzig und Lyon im Moment der Krise 1929–1933/38. Göttingen 2013
- Lehnert, D./Megerle, K.: Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Wiesbaden 1990
- Dies.: Politische Identität und nationale Gedenktage. Wiesbaden 1989
- Dies.: Pluralismus als Verfassungs- und Gesellschaftsmodell. Wiesbaden 1993
- Mergel, Th.: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Düsseldorf 2002
- Rokkan, S.: Staat, Nation und Demokratie in Europa. Frankfurt a. M. 2000
- Rosol, N./Ziemann, B. (Hrsg.): Aufbruch und Abgründe: Das Handbuch der Weimarer Republik. Darmstadt 2021
- Weichlein, S.: Religion und politischer Eid im 19. und 20. Jahrhundert. In: Bluhm, H. (Hrsg.): Ideepolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte. Berlin 2011, S. 399–420



Download:
Erwartungshorizont

AUFGABEN

- 1 Skizzieren Sie die Genese und Entwicklung des Weimarer Parteiensystems in Thesenform.
- 2 Untersuchen Sie, inwiefern die Parteien die Weimarer Republik stützten oder deren Stabilität beeinträchtigten.
- 3 Beurteilen Sie die Rolle der Parteien für die Stabilität des politischen Systems in der Weimarer Republik und der Bundesrepublik.

Zusatz:

- 4 Ordnen Sie die Plakate (Abb. 4.1-6) in die Phasen der Geschichte der Weimarer Republik ein.
- 5 Erläutern Sie anhand der Plakate die Ausrichtung und Programmatik der jeweiligen Partei.

westermann



PRAXIS GESCHICHTE

6-2022 Weimarer Republik

www.praxisgeschichte.de | November 6-2022



Weimarer Republik

Parteiendemokratie

SPD – Zentrum – Aufstieg der NSDAP

Wahlrecht – Parteiverbote

Jugendorganisationen

•• **Arbeitsblätter**
Einfach Online Editieren